

SPD und Grüne begrüßen staatliche Grundsicherung für Kinder

Union und FDP lehnen Vorschlag von Sozialverbänden ab

KNA BERLIN. SPD und Grüne haben die Forderung nach einer staatlichen Grundsicherung für Kinder grundsätzlich begrüßt. In den Reihen der CDU/CSU-Fraktion und der FDP stieß der Vorschlag von Sozialverbänden und Experten allerdings auf Ablehnung.

Das Bündnis „Kindergrundsicherung“ hatte am Dienstag eine monatliche Unterstützung für Kinder in Höhe von 500 Euro gefordert. Laut Bündnis soll die monatliche Unterstützung durch eine Umverteilung aus bereits vorhandenen Einnahmen finanziert werden, der Einkommensteuer unterliegen und bis zum 27. Lebensjahr ausbezahlt werden.

Nach Berechnungen des Bündnisses brächte ein solcher Systemwechsel Zusatzkosten in Höhe von zehn Mil-

liarden Euro mit sich. Ein Sprecher des Familienministeriums betonte, die Frage einer Zusammenfassung der unterschiedlichen Familienleistungen sei ein Thema der kommenden Legislaturperiode.

SPD-Fraktionsvize Christel Humme hält den Vorschlag für „interessant und prüfenswert“. Langfristig müsse man zu einer Änderung des Systems kommen, sagte sie der „Berliner Zeitung“. Zusätzliche Gelder müssten jedoch vor allem in den Ausbau und in die Qualitätssicherung von Kinderbetreuung und Bildung investiert werden, so die SPD-Politikerin.

Die monatliche Grundsicherung klinge nur scheinbar gut, erklärte hingegen der familienpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion,

Johannes Singhammer (CSU). Eine Umverteilung nach dem Motto „linke Tasche – rechte Tasche“ bringe Familien keinen Zugewinn, sondern in der Endabrechnung ein deutliches Minus. Die versprochenen 500 Euro würden nur wenige Familien erreichen.

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Miriam Gruss, forderte, zunächst die bestehenden Leistungen zu bewerten, bevor über eine neue Form der Kindergrundsicherung diskutiert werde. Die familienpolitische Sprecherin der Grünen, Ekin Deligöz, plädierte für eine Kinder-Grundsicherung von einheitlich 330 Euro pro Monat. Diese solle ab einem Jahreseinkommen von 60 000 Euro besteuert werden.